



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten vom 08.10.2021 bis 15.10.2021

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

Deutschland: Ehemaliger israelischer Soldat angegriffen	4
Deutschland: Köln - Muezzine rufen künftig zum Freitagsgebet	5
Deutschland: „Man muss den Staat daran erinnern, dass die Religionsfreiheit ein Menschenrecht ist“	6
Großbritannien: Intoleranz und Diskriminierung von christlichen Studenten	8
Indien: Angebliche Zwangsbekehrungen	10
Indien: Fünf Verletzte bei Angriff radikaler Hindutva-Nationalisten	11
Indien: Hinduistische Extremisten leisten Widerstand	12
Indien: Landesregierung ordnet Überprüfung aller christlichen Missionare an	13
Irak: Erste Wahlergebnisse	14
Irak: Parlamentswahl am Sonntag	15
Kauder: Kirchen sollten Christenverfolgung stärker thematisieren	16
Kolumbien: Schwester Gloria ist frei	18
Kongo: Immer neue Überfälle fordern zahlreiche Opfer	19
Leben im Irak: Unsichere Zukunft zwischen Hoffnung und Tragödie	20
Mexiko: „Wir dürfen nicht schweigen“	23
Nigeria: Fünf weitere Schüler und die Leiterin der Bethel Baptist High School entlassen	24
Norwegen: Kongsberg - Angriff war mutmaßlich ein Terroranschlag	25
Pakistan: Menschenrechtler soll gegen Zwangsehen vorgehen	26
Pakistan: Abriss ohne Entschädigung	27
Pakistan: Parlamentarischer Ausschuss blockiert	28
Pakistan: Welt-Mädchentag	29
Philippinen: „Gott hat mich gerufen, ich werde nicht zurückweichen!“	30
Schweden: Wie leben chaldäischen Christen in Nordeuropa?	31
Sri Lanka: Beerdigung einer Christin nach hinduistischem Ritus	32
Tadschikistan: Gewissensgefangener durfte nicht an der Beerdigung seines einzigen Sohnes teilnehmen, ärztliche Behandlung verweigert	33
Türkei: Luftangriffe gegen Christen und andere Minderheiten in Syrien und Irak	34
Ukraine: Im Donbass drei protestantische Gemeinschaften verboten	36
UN-Berichterstatte: Warnung vor Islamophobie, aber Islam darf kritisiert werden	37

Deutschland: Ehemaliger israelischer Soldat angegriffen

Ein ehemaliger israelischer Soldat ist am Freitagabend in Berlin angegriffen worden. Der 29-Jährige trug einen Pullover mit einem Emblem der israelischen Streitkräfte, als ihn ein Unbekannter auf seinen Glauben ansprach. Als sich der Israeli dem Unbekannten zuwandte, wurde ihm Reizgas ins Gesicht gesprüht. Anschließend wurde er zu Boden gestoßen. Da er nicht mehr sehen konnte, ist unklar, ob es sich um einen oder mehrere Täter handelt. Nach dem Übergriff versorgten Rettungssanitäter den Verletzten. Der Vorfall ereignete sich auf dem Vorplatz des S-Bahnhofs Nöldnerplatz in Berlin-Lichtenberg.

Von: efr/ Quelle: israelnetz.com

Deutschland: Köln - Muezzine rufen künftig zum Freitagsgebet

Die Stadt vergleicht den Gebetsruf mit dem Glockengeläut der Kirchen

Köln (IDEA) – In Köln dürfen Muezzine künftig zum Freitagsgebet rufen. Die Stadt kündigte ein entsprechendes Modellprojekt an. Die Stadtverwaltung Köln begründete den Schritt auch damit, dass in der Domstadt Glocken Christen zum Gebet riefen. Der Muezzinruf sei bei Muslimen das Pendant dazu. Wie es heißt, können Moscheegemeinden auf Antrag und unter Auflagen ihre Gläubigen zum Freitagsgebet rufen. Der Gebetsruf dürfe von 12 bis 15 Uhr und maximal fünf Minuten lang erfolgen. Die Lautstärke werde abhängig von der Lage der Moschee mit einer Höchstgrenze festgelegt. Die umliegende Nachbarschaft sei im Vorfeld mit einem Faltblatt über den Gebetsruf zu informieren. Die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker (parteilos) begrüßte das Projekt. Den Muezzinruf zu erlauben, sei ein Zeichen des Respekts, schrieb sie auf Twitter. Nach zwei Jahren wollen die Stadt und die beteiligten Moscheegemeinden ihre Erfahrungen auswerten und dann entscheiden, ob das Projekt fortgesetzt wird.

Kritik von einer Islam-Expertin

Kritik an dem Projekt übt die Soziologin und Islam-Expertin Necla Kelek: „Wenn Allahu Akbar (Gott ist am größten/d. Red.) gerufen wird, kommen Männer zusammen. Die Männer, die ihre Frauen zu Hause haben“, sagte sie „Bild“. Diese Frauen dürften laut ihren Männern keinen Platz in der Öffentlichkeit haben – „daher auch das Kopftuch, falls sie sich in der Öffentlichkeit bewegen sollten“. Kelek zeigte sich betroffen darüber, dass ausgerechnet eine Frau als Oberbürgermeisterin diesen Männern bestätige, dass dieses Gesellschaftsbild in Ordnung sei.

Mansour: Es geht um eine Machtdemonstration

Zuvor hatte bereits der Integrationsexperte Ahmad Mansour die Entscheidung scharf kritisiert: „Es geht nicht um ‚Religionsfreiheit‘ oder ‚Vielfalt‘, wie Bürgermeisterin Reker behauptet. Die Betreiber der Moscheen wollen Sichtbarkeit. Sie feiern den Muezzin als Machtdemonstration über ihre Viertel.“ In Köln leben rund 120.000 Muslime, und es gibt 45 Moscheen. Ein Anfrage zu dem Modellprojekt der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA beim Erzbistum Köln wurde abschlägig beurteilt: „Seitens des Erzbistums Köln ist derzeit keine Stellungnahme dazu geplant.“ Die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) in der Domstadt reagierte am 11. Oktober nicht auf eine IDEA-Anfrage.

Deutschland: „Man muss den Staat daran erinnern, dass die Religionsfreiheit ein Menschenrecht ist“

Deutscher Religionssoziologe und Ethiker Thomas Schirmacher zum Thema „Christenverfolgung geht uns alle an“



Professor Dr. Dr. Thomas Schirmacher

Thomas Schirmacher während seines Vortrags in der Liobakirche in Tauberbischofsheim

© BQ/Martin Warnecke

(Bonn, 29.09.2021) Auf Einladung von Nina Warken, MdB, und der katholischen und evangelischen Kirchengemeinden von Tauberbischofsheim hielt der deutsche Religionssoziologe und Ethiker Thomas Schirmacher einen vielbeachteten Vortrag zum Thema „Christenverfolgung geht uns alle an“. In den Fränkischen Nachrichten schrieb Elisabeth Englert: „MdB Nina Warken als Initiatorin freute sich, mit Professor Dr. Dr. Schirmacher einen der führenden Menschenrechtsexperten weltweit gewonnen zu haben, der regelmäßig vor nationalen Parlamenten und UN-Gremien aussage.“

Schirmacher begann mit dem Hinweis auf die heilige Lioba von Tauber-bischofsheim (700–782 n. Chr.), der Namenspatronin des Veranstaltungsortes, der St.-Lioba-Kirche. Wie Bonifatius habe sie geholfen, ein politisch und militärisch ausgerichtetes Verständnis von Jesus und seinen Aposteln und des Christentums durch einen Glauben zu ersetzen, der darauf aufbaut, dass die Gläubigen verstehen, was sie glauben. Während Karl der Große mit großer Selbstverständlichkeit die Besiegten zwang, den christlichen Glauben anzunehmen oder getötet zu werden, trat schon sein „Kulturminister“ Einhard ebenso wie Lioba, die mit Karls Ehefrau Hildegard befreundet war, dafür ein, dass der Glaube nicht durch Zwang, sondern durch Bildung verbreitet werden müsse. Auch wenn es noch lange dauern sollte, bis diese Sicht im Christentum die Oberhand gewann, gehöre Lioba in die Ehrengarde der Religionsfreiheit.

Während Anfang des 20. Jahrhunderts nurmehr eine Minderheit der Christen Gewalt zur Religionsverbreitung abgelehnt habe – durch den Kolonialismus wollte man die eroberten Völker zu ihrem Glück zwingen, und noch im Ersten Weltkrieg beriefen sich mehrere Völker auf Gottes Unterstützung gegen die anderen christlichen Länder –, habe sich dies im Laufe der letzten hundert Jahre völlig geändert. Die große Mehrheit der Christen stehe dazu, keinen Menschen auf Grund seines Glaubens oder anderer Überzeugungen zu bestrafen. Doch hätten andere Weltreligionen in dieser Zeitspanne genau die gegenteilige Entwicklung genommen, der extremistische Flügel sei stark gewachsen. Als Beispiel nannte er den Hinduismus sowie den Islam.

Gerade in Indien habe sich die Lage unter Regierungschef Narendra Modi sehr verschlechtert. Muslime und Christen sollten seiner Ansicht nach gar nicht mehr im Land existieren. Die Diskriminierung reiche vor allem in den Dörfern auf dem Lande vom Zwang, dem Glauben abzuschwören, bis hin zur Bestrafung mit dem Tode. Zwar denke die breite Masse der Bevölkerung nicht so, doch lasse sie sich bei Wahlen instrumentalisieren.

Es sei falsch zu denken, man solle die Religionsfreiheit der Kirche überlassen. „Nein, sie ist ein Menschenrecht und ureigenste Aufgabe des Staats“, betonte Schirmmacher. Nur dieser, weder Kirche noch Moschee oder Tempel, könnten sich mit legitimer Autorität für Religionsfreiheit stark machen und deren Gegner beschränken. Da die Religionsfreiheit untrennbar mit der Demokratie verbunden sei, müsse sich der Staat weltweit für diese einsetzen. „Man muss den Staat daran erinnern, dass die Religionsfreiheit ein Menschenrecht ist“, appellierte Schirmmacher.

Dies griff MdB Warken auf und versprach, die Religionsfreiheit sowie die Ursachen der Verfolgung stets auf der Tagesordnung zu halten. „Es ist es wert, dass man sich dafür einsetzt.“

Großbritannien: Intoleranz und Diskriminierung von christlichen Studenten

IIRF-D/AKREF/OIDC/14.10.21 – Wie die **Observatory on Intolerance and Discrimination against Christians** (Wien) berichtet, greift eine Welle von Diskriminierung gegen christliche Studentengruppen an Hochschulen in England um sich. Glücklicherweise gibt es aber auch mutige Vertreter der Meinungs- /Religionsfreiheit an manchen Hochschulen. Die Observatory beklagt diesen Missstand, wo doch gerade Offenheit, freie Meinungsäußerung, die Ausbildung kritischen Denkens und lebhaft Debatten an den Universitäten eine wesentliche Voraussetzung für akademisches Gedeihen und Wachstum sind.

Sie berichtet: „Leider wurde gerade in diesen Einrichtungen die Redefreiheit oft verletzt, wenn es um kontroverse Themen ging, die scheinbar oder potenziell "die Gefühle" anderer Studenten verletzen. Der subjektive Ausdruck "verletzter Gefühle" stammte meist von gegnerischen Studentengruppen mit eindeutig ideologischem Hintergrund, die oft den akademischen Diskurs, auch auf dem Campus, dominieren. Daher fühlen sich viele Studierende eingeschüchtert, wenn sie ihre Ansichten zu Themen wie Abtreibung oder sexuelle Identität äußern, und entscheiden sich lieber für Selbstzensur.

Eine gute Entwicklung ist, dass Länder wie das Vereinigte Königreich auf dieses Problem reagiert haben, indem sie neue "Free Speech Champions" eingesetzt haben, um die Studenten in ihrer Freiheit zu bestärken, ihre Meinungen und Überzeugungen an den Universitäten offen zu äußern.

[Universität Exeter verurteilt Todesdrohungen gegen Studenten der Pro-Life-Vereinigung](#)

- Die Pro-Life-Vereinigung "Life Society" wurde Opfer einer Hasskampagne, die darauf abzielte, die Gruppe an der Universität mit einer Petition und einem offenen Brief an die Student's Guild aufzulösen.

- In den sozialen Medien wurden sie mit negativen Kommentaren bis hin zu Morddrohungen belästigt, die später bei der Polizei angezeigt wurden.

- Glücklicherweise wurde die Gruppe von der Universität unterstützt, und eine kürzlich durchgeführte Umfrage ergab, dass die meisten Briten der Meinung sind, dass die Gruppe bestehen bleiben sollte, auch wenn sie mit ihren Ansichten nicht einverstanden sind.

[Die Universität Oxford hat sich gegen die gewaltsame Beseitigung eines Pro-Life-Standes auf einer Studentenmesse ausgesprochen](#)

- Die Gruppe "Oxford Students For Life" (OSFL) wurde von anderen Studenten und Aktivisten von der Freshers' Fair verdrängt.

- Die Aktivisten warfen das Material des Standes in einen Mülleimer und entfernten ihn von der Veranstaltung. Sie weigerten sich auch, den Stand wieder aufzubauen und drohten der Gruppe, ihn wieder abzureißen.

- Die Universität Oxford verurteilte die Zensur der Pro-Life-Gruppe und erklärte, dass die Universität seit langem die Redefreiheit schützt.

[Oxford College bedauert, Gastgeber einer Christlichen Veranstaltung gewesen zu sein](#)

- Die Wilberforce Academy (christliches Seminar) wurde viele Jahre lang von Oxford Colleges ausgerichtet.

- In diesem Jahr entschuldigte sich das Worcester College dafür, dass es diese Veranstaltung ausgerichtet hatte, die in der Studentenzeitung "The Tab" veröffentlicht wurde und "erhebliches Unbehagen" verursachte.

- Die Wilberforce Academy war enttäuscht, dass sie aus den Medien davon erfuhr, da es zuvor nie Beschwerden gegeben hatte.“

Quellen:

<https://www.intoleranceagainstchristians.eu/index.php?id=12&case=4998>

<https://intoleranceagainstchristians.us15.list-manage.com/track/click?u=7de38b20289e6fe0b93d3eb36&id=ebed1caf67&e=2cbd1722eb>

Indien: Angebliche Zwangsbekehrungen

Hinduistische Extremisten beschuldigen katholische Ordensfrauen und protestantische Gläubige

Lucknow (Fides) - Katholische Ordensfrauen und und rund 50 Gläubige wurden am vergangenen 10. Oktober Gläubige wurden im nordindischen Bundesstaat Uttar Pradesh von hinduistischen Extremisten angegriffen.

Die Angreifer und Mitglieder der radikalen Gruppen "Bajrang Dal" und "Hindu Yuva Vahini" und brachten sieben christliche Gläubige gewaltsam zur nahe gelegenen Polizeistation, wo sie die Nacht in Gewahrsam verbrachten. Unter den sieben waren drei Frauen und der evangelische Pastor Abraham Shakil, der beschuldigt wird, "Zwangsbekehrungen" durchgeführt zu haben. Der Priester und Menschenrechtsaktivist Anand Mathew berichtet dazu gegenüber Fides dass "diese Angriffe auf Vorwänden beruhen, um Christen zu schikanieren".

Bei einem anderen Vorfall wurden zwei Ordensschwwestern der Ursulinen zur Polizeistation gebracht und sechs Stunden lang festgehalten. Die Ordensfrauen befanden sich am Busbahnhof der Stadt. Erst nach dem Eingreifen eines hochrangigen Polizeibeamten in Lucknow, der Hauptstadt des Bundesstaates Uttar Pradesh, wurden die katholischen Schwestern wieder freigelassen. Es handelt sich um Schwester Gracy Monteiro und Schwester Roshni Minj, die mit dem Bus zu ihrem kranken Vater im indischen Bundesstaat Jharkhand fahren wollten. Als Schwester Minj lediglich nach dem Busfahrplan fragte, wurden die beiden angehalten, verbal angegriffen und gewaltsam auf dieselbe Polizeistation gebracht, auf der auch die Christen und der Pastor festgehalten wurden. "Wir waren schockiert, als man uns auf die Polizeiwache brachte und behauptete, wir gehörten zu einer christlichen Gemeinschaft, die an Zwangsbekehrungen beteiligt sei. Das ist völlig falsch", bekräftigt Schwester Monteiro.

In der von Radheshyam Singh, einem Hindu, eingereichten Beschwerde heißt es, dass die Christen "gegen die Gesundheitsmaßnahmen zur Eindämmung von Covid-19 verstoßen haben", und sie werden beschuldigt, "an der Bekehrung anderer zum Christentum durch unerlaubte Mittel wie die Bereitstellung von Arbeit und Geld beteiligt zu sein". "Diese Anschuldigungen und solche Vorfälle", so Patsy David, Vertreterin der Nichtregierungsorganisation „ADF International“, "sind Teil eines organisierten Plans zur Unterdrückung der Christen in Uttar Pradesh".

Nach Angaben der ADF wurden seit 2017 in Uttar Pradesh 374 Fälle von Gewalt gegen Christen dokumentiert. Die Übergriffe haben zugenommen, seit die Regierung von Uttar Pradesh im September 2020 das "Anti-Konversionsgesetz" verabschiedet hat. In den meisten Fällen greifen extremistische Gruppen die Gotteshäuser oder Wohnungen von Christen an, unterbrechen ihre Versammlungen, beschädigen ihr Eigentum, ihre Möbel, Bibeln und Veröffentlichungen und bringen sie zur Polizei. Uttar Pradesh, ein vorwiegend landwirtschaftlich geprägter Bundesstaat mit 230 Millionen Einwohnern, ist der größte Bundesstaat Indiens. Laut der Volkszählung von 2011 sind die Christen eine winzige Minderheit von etwa 350.000. (SD-PA) (Fides 12/10/2021)

Indien: Fünf Verletzte bei Angriff radikaler Hindutva-Nationalisten

IIRF-D/BF/Tübingen/14.10.21 - Bei einem Angriff auf eine Kirche im nordindischen Bundesstaat Uttarakhand sind am Sonntag, den 3. Oktober, fünf Menschen verletzt worden.

Der Angriff ereignete sich um 10 Uhr morgens, als der Morgengottesdienst im Bezirk Haridwar, Roorkee, begann. Ein 200-köpfiger Mob radikaler Hindutva-Nationalisten, die mit Eisenstangen bewaffnet waren, stürmte die Kirche, skandierte Slogans und zerstörte Kircheneigentum, darunter Möbel und Musikinstrumente.

Drei der Verletzten mussten in ein Krankenhaus in der Hauptstadt des Bundesstaates Uttarakhand, Dehradun, gebracht werden, mindestens einer von ihnen - ein ehrenamtlicher Mitarbeiter der Kirche - befindet sich in kritischem Zustand.

Die Angreifer beschädigten auch Überwachungskameras und zerstörten ein Mobiltelefon, mit dem der Gottesdienst live an andere Kirchenmitglieder übertragen werden sollte.

Sadhana Lanse (auch bekannt als Sadhana Porter), die Witwe des ehemaligen Pastors, identifizierte die Eindringlinge als Mitglieder der Bharatiya Janata Party (BJP) sowie der Hindutva-Gruppen Vishwa Hindu Parishad (VHP) und Bajrang Dal.

Lanse erstattete Anzeige und forderte "strenge Maßnahmen und Polizeischutz", um künftige gewalttätige Übergriffe zu verhindern.

Der Landesvorsitzende der BJP, Madan Kaushik, bestritt die Beteiligung von Parteimitgliedern und behauptete, die Anwohner hätten verärgert darauf reagiert, dass das Kirchengelände für die Bekehrung von Hindus genutzt werde.

Am Montag, dem 4. Oktober, wurde ein Verfahren gegen Lanse und neun weitere Mitglieder der Kirche eingeleitet, nachdem eine Frau, die nur als Sonam bekannt ist, Anzeige erstattet hatte. Sie behauptete, ihr seien Geld und Arbeit angeboten worden, damit sie zum Christentum übertritt.

Lanse wies die Anschuldigung zurück und fügte hinzu, dass sie als Witwe im Ruhestand nicht in der Lage sei, Zahlungen als Mittel zur Gewinnung von Konvertiten anzubieten.

Ein hochrangiger Polizeibeamter teilte mit, dass die gegen Lanse eingereichte Anzeige unbegründet sei, nachdem er die Aufnahmen der Überwachungskameras in der Nähe untersucht hatte. Er fügte hinzu, dass alle Personen, die in Lanses ursprünglicher Anzeige wegen des Angriffs auf die Kirche genannt worden waren, ausfindig gemacht worden seien und die Verhaftung unmittelbar bevorstehe.

Uttarakhand ist einer von neun indischen Bundesstaaten, die Anti-Bekehrungsgesetze erlassen haben, die jede Bekehrung durch Betrug, Gewalt oder Verführung unter Strafe stellen. Der zehnte Bundesstaat, Karnataka, behandelt Bekehrungsaktivitäten bereits als illegal und plant die baldige Einführung eines Gesetzes.

Quelle: Barnabas Fund 7. Oktober 2021

Indien: Hinduistische Extremisten leisten Widerstand

Katholische Gesellschaft Jesu will privaten Park nach Pater Stan Swamy benennen

Mangalore (Fides) – Gegen die Initiative der Gesellschaft Jesu in Indien, einen Park nach dem im Juli letzten Jahres im Krankenhaus verstorbenen Pater Stan Swamy, zu benennen, der zu Unrecht wegen Volksverhetzung verhaftet worden war, protestieren radikale Hindu-Gruppen im südindischen Bundesstaat Karnataka. Der private Park befindet sich auf dem Campus des St. Aloysius College in Mangalore, einer von Gesellschaft Jesu in Indien verwalteten Bildungseinrichtung. Pater Swamy wurde wegen seines Engagements für die Stammesbevölkerung von Jharkhand im Osten Indiens geschätzt und respektiert. Seine Gestalt hat die Leiter des Kollegs dazu inspiriert in die Grünanlagen des Komplexes als 'Stan Swamy Peace Park' einzuweihen. Nationalistische Gruppen wie die "Akhil Bharatiya Vidyarthi Parishad", die Studentenbewegung der Bharatiya Janata Party (BJP) - die die Bundesregierung und mehrere Bundesstaaten, darunter Karnataka anführt -, die "Vishwa Hindu Parishad" (Hindu World Council) und die "Bajrang Dal" protestierten dagegen und drohten mit einer öffentlichen Demonstration, um ihren Widerstand zum Ausdruck zu bringen. Es wurde auch ein entsprechendes Memorandum bei der örtlichen Polizei eingereicht. Der Geistliche sei auf der Grundlage des indischen Anti-Terror-Gesetzes verhaftet worden, so dass es "eine Beleidigung für die gesamte Gesellschaft" wäre, ihn zu ehren, heißt es in der Protestschrift.

Führende Vertreter der katholischen Kirche und Juristen sind hingegen der Meinung, dass die Tatsache, dass der Park innerhalb einer privaten Einrichtung liegt, keine Einmischung zulässig ist. Die kirchlichen Behörden und die Mitglieder der Gesellschaft Jesu weisen darauf hin, dass das St. Aloysius College seit 140 Jahren im Dienste der Gesellschaft steht und Bildung ohne jegliche Diskriminierung anbietet, und dass es durchaus berechtigt ist, den Park nach Pater Swamy zu benennen. Die Verantwortlichen des Kollegs beschlossen jedoch, die Zeremonie zur Benennung des Parks zu verschieben, und folgten damit dem Rat des Polizeipräsidenten.

Pater Swamy war am 8. Oktober 2020 in Ranchi, der Hauptstadt des Bundesstaates Jharkhand, unter dem Vorwurf der Volksverhetzung festgenommen worden. Im Gefängnis verschlechterte sich sein Gesundheitszustand rapide. Geschwächt und an Covid 19 erkrankt, starb er am 5. Juli im Holy Family Hospital in Mumbai.

(PA) (Fides 8/10/2021)

Indien: Landesregierung ordnet Überprüfung aller christlichen Missionare an

International Christian Concern/14.10.2021 - Wie die International Business Times berichtet, hat die Regierung des indischen Bundesstaates Karnataka Beamte angewiesen, sowohl offizielle als auch nicht-offizielle christliche Missionare zu überprüfen. Die Anordnung kommt zu einem Zeitpunkt, an dem Karnataka sich darauf vorbereitet, ein Anti-Konversionsgesetz zu erlassen, das religiöse Konversionen regeln und erzwungene religiöse Konversionen unter Strafe stellen würde.

Die Entscheidung, christliche Missionare zu überprüfen, wurde am Mittwoch auf einer Sitzung des Wohlfahrtsausschusses für benachteiligte Bevölkerungsgruppen und Minderheiten getroffen. Mehrere Abgeordnete des Staates, darunter der BJP-Abgeordnete Goolihatti Shekar, nahmen an der Sitzung teil. Shekar sprach sich Berichten zufolge für die Registrierung christlicher Missionare aus und behauptete, dass 40 % der Kirchen in Karnataka inoffiziell sind und vom Staat nicht anerkannt werden.

Neben diesen Maßnahmen erörtern die Ausschussmitglieder auch den Entzug staatlicher Leistungen für Personen, die vom Hinduismus zum Christentum konvertieren.

In den letzten Wochen haben BJP-Mitglieder der Regierung von Karnataka Erklärungen abgegeben, in denen sie die Verabschiedung eines Gesetzes gegen Konversionen befürworten. Diesen Politikern zufolge sind die Konversionen zum Christentum in Karnataka außer Kontrolle geraten, und es muss ein Gesetz erlassen werden, das die Konversionen regelt und Zwangsbekehrungen bestraft.

"Die Regierung prüft die diesbezüglichen Gesetze, die in den verschiedenen Bundesstaaten des Landes erlassen wurden", sagte der Ministerpräsident Basavaraj Bommai. "Das entsprechende Gesetz wird in Karnataka bald in Kraft treten".

Shekar brachte das Thema der religiösen Konversionen während der Monsun-Sitzung im Parlament zur Sprache und behauptete, seine Mutter sei ohne sein Wissen zum Christentum übergetreten. Anfang dieser Woche berichtete Shekar den Medien, seine Mutter habe an einem "Ghar Wapsi"-Programm (Hindi für "zurück nach Hause" Anm.d.Red...) teilgenommen und sei zum Hinduismus zurückgekehrt.

In ganz Indien nutzen radikale Hindu-Nationalisten das Schreckgespenst der Massenbekehrungen zum Christentum und zum Islam, um Gesetze zu erlassen, die die Religionsfreiheit von Minderheiten einschränken. Nach Ansicht dieser Nationalisten konvertieren Massen von Hindus aus niedrigen Kasten durch illegale Methoden zum Christentum und Islam, und es muss ein Gesetz erlassen werden, um dies zu verhindern.

dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Irak: Erste Wahlergebnisse

„Babylon Movement“ erhält 4 der 5 für Christen vorbehaltenen Sitze

Bagdad (Fides) - Bei den irakischen Parlamentswahlen am Sonntag, den 10. Oktober, wurden 4 der 5 Sitze, die das nationale Wahlsystem für christliche Kandidaten vorsieht, an Vertreter der Partei "Babylon Movement" vergeben. Dies berichteten lokale Quellen auf der Grundlage der ersten von der Obersten Wahlkommission bereitgestellten Daten. Denselben Quellen zufolge wurde der fünfte Sitz im Bezirk Erbil dem unabhängigen Kandidaten Farouq Hanna Atto zugewiesen.

Das in gewisser Weise überraschende Wahlergebnis in Bezug auf die für christliche Kandidaten reservierten Sitze wird die Kontroverse über die potenzielle politische Manipulation, der die Vergabe von Parlamentssitzen an Mitglieder lokaler christlicher Gemeinschaften oder anderer ethnischer und religiöser Minderheiten, erneut entfachen.

Die Partei „Babylon Movement“ (auf dem Foto das Wahlplakat ihrer Kandidaten) ist der politische Flügel der sogenannten "Babylon-Brigaden", einer bewaffneten Miliz, die vor dem Hintergrund der Militäroperationen gegen die Dschihadisten des Islamischen Staates (IS) gebildet wurde, die schließlich zur Rückeroberung der nordirakischen Gebiete führten, die 2014 in die Hände des IS gefallen waren. Die von Ryan al Kildani (Ryan "der Chaldäer") angeführten "Babylon-Brigaden" hatten stets behauptet, eine christliche Miliz zu sein, auch wenn ihre Verbindung zu pro-iranischen schiitischen Milizen wie der „Hashd al Shaabi“ kein Geheimnis ist. Die "Babylon-Bewegung" wird auch als der "Badr-Organisation" nahestehend angesehen, einer politischen Bewegung, die sich bei den Wahlen mit der „Fatah-Allianz“ zusammenschloss, einem Bündnis, in dem sich pro-iranische schiitische Parteien Organisationen zusammenschließen.

In den ersten kritischen Kommentaren äußerten christliche Politiker, die keine Sitze errungen haben, den Verdacht, dass die Stimmen der schiitischen Wähler auch auf die Kandidaten der christlichen Partei "Babylon Movement" umgeleitet wurden, um Kandidaten zu platzieren, die in Wirklichkeit schiitischen Parteien angehören. Auch der christliche Kandidat Farouq Hanna Atto, der als Unabhängiger für den christlichen Sitz im Bezirk Erbil gewählt wurde, soll sich nur dank der Stimmen der Demokratischen Partei Kurdistans (PDK) gegen seine Mitbewerber durchgesetzt haben.

Die bisher veröffentlichten offiziellen Daten zu den Wahlergebnissen geben noch keinen klaren Aufschluss über das künftige politische Szenario im Irak. Keiner der im Rennen befindlichen politischen Blöcke wird in der Lage sein, die Mehrheit der 329 Sitze im Parlament im Alleingang zu kontrollieren. Verschiedene Quellen bestätigen das Erstarken der Partei des Schiitenführers Muqtada al Sadr, die im letzten Parlament 58 Sitze innehatte und im nächsten Parlament mindestens 70 Sitze erhalten dürfte. Andererseits soll die parlamentarische Vertretung der pro-iranischen schiitischen Parteien der „Fatah-Allianz“, die im letzten Parlament 48 Sitze hatten, geringer sein.

Nur 41 % der Wahlberechtigten nahmen an den Wahlen teil, der niedrigste Wert bei den insgesamt sechs Parlamentswahlen, die seit 2003, dem Ende des Regimes von Saddam Hussein, im Irak stattfanden.

Die für 2022 angesetzten Wahlen waren vorgezogen worden, nachdem die Proteste der Bevölkerung im Herbst 2019 eine weit verbreitete Unzufriedenheit mit der gesamten irakischen politischen Führung gezeigt hatten, die der Korruption und Misswirtschaft beschuldigt wurde. Die Wahlen fanden in einem Klima allgemeiner Interesselosigkeit statt und waren von Boykottaufrufen geprägt, unter anderem vonseiten der Gruppen, die an den Demonstrationen gegen das System im Jahr 2019 beteiligt waren.

(GV) (Fides 12/10/2021)

Irak: Parlamentswahl am Sonntag

Chaldäischer Patriarch schließt sich dem Aufruf des Großajatollahs Al Sistani zur Teilnahme an

Bagdad (Fides) – Im Vorfeld der Parlamentswahlen, bei denen die irakischen Bürger die 329 Mitglieder des neuen Parlaments wählen werden, schließt sich das chaldäische Patriarchat der Stimme des Großajatollahs Ali al-Sistani an, der die Bürger, zur eindringlich Teilnahme an der Wahl am kommenden Sonntag, den 10. Oktober, aufruft. In einer vom chaldäischen Patriarchen Luis Raphael Sako unterzeichneten Erklärung wird auf den vorangegangenen Appell des schiitischen Großajatollahs verwiesen und die irakische Bevölkerung zu einer "bewussten und verantwortungsvollen Teilnahme" an der Abstimmung aufgefordert, da dies "der sicherste Weg sei, das Land in eine bessere Zukunft zu führen". In der Botschaft werden die Wahlen als „nützliches Instrument“ bezeichnet, um die in den letzten Jahren geforderten institutionellen, politischen und administrativen Reformen zu erreichen. "Wir fordern die Wähler auf", heißt es in der Erklärung des Patriarchats, "das Verhalten der ehemaligen Abgeordneten, die zu den Wahlen zurückkehren, und der neuen Kandidaten sorgfältig zu prüfen, um nicht durch irreführende Versprechen getäuscht zu werden".

Bei den Parlamentswahlen wird in 83 Wahlkreisen abgestimmt. Ein Viertel der insgesamt 329 Sitze ist für Frauen vorbehalten, während neun Sitze für Minderheiten reserviert sind (5 für Christen und je 1 für Jesiden, Schabak, Mandei und schiitische Kurden (die sich von der fast ausschließlich sunnitischen kurdischen Bevölkerung in der Autonomen Republik Kurdistan distanzieren).

Kritik gibt es unterdessen an dem derzeit geltende "Quotensystem", das fünf Sitze für Kandidaten reserviert, die den verschiedenen christlichen Gemeinschaften angehören. Das System, so die Kritiker seien nicht förderlich für eine angemessene politische Vertretung der christlichen Komponenten, da es in seiner derzeitigen Form Wahlmanipulationen ermögliche, die es den großen Parteien bereits in den letzten Jahren erlaubt hätten, diese Sitze ihren eigenen Vertretern zuzuweisen. Anlässlich der Wahlen 2018 sollen die großen Parteien Tausende von Stimmen ihrer Mitglieder den ihnen ergebene Kandidaten zugeteilt haben, die sich um einen der fünf für die christliche Komponente reservierten Sitze beworben hatten.

(GV) (Fides 8/10/2021)

Kauder: Kirchen sollten Christenverfolgung stärker thematisieren

Open Doors würdigt Politiker für Einsatz gegen Christenverfolgung - ein Beitrag von idea zum Thema Menschenrechte

Der Generalsekretär der EAD, Dr. Reinhardt Schink (Bad Blankenburg), sagte, mit seinem klaren Bekenntnis zu Jesus Christus habe Kauder vielen Menschen Mut gemacht.

„Damit waren Sie ein Vorbild.“



Volker Kauder

Der langjährige Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Volker Kauder in Berlin

© Open Doors

Berlin (IDEA) – Die beiden großen Kirchen in Deutschland sollten sich stärker für verfolgte Christen einsetzen. Davon ist der langjährige Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, überzeugt.

Wie er am 6. Oktober in Berlin bei einer Veranstaltung des christlichen Hilfswerks Open Doors (Kelkheim bei Frankfurt am Main) sagte, ist das Thema der weltweit verfolgten Christen häufig weder der katholischen noch der evangelischen Kirche ein wirkliches Herzensanliegen. Dass Christen in Deutschland und in Europa in Freiheit lebten, sei global betrachtet eher die Ausnahme, so der Politiker: „Nirgendwo auf der Welt gibt es Freiheit, wenn es keine Religionsfreiheit gibt.“

Der Einsatz für verfolgte Christen sei deshalb so wichtig, weil sie „unsere Glaubensgeschwister sind“. Kauder betonte dabei, dass jeder Mensch – auch jeder Flüchtling – ein Ebenbild Gottes sei. Das bedeute nicht, die Grenzen einfach zu öffnen: „Aber wer bei uns angekommen ist, wird behandelt wie ein Ebenbild Gottes.“

Open Doors-Chef: Weltweit 300 Millionen Christen in Bedrängnis

Der Leiter des überkonfessionellen Hilfswerks Open Doors, Markus Rode (Kelkheim), würdigte Kauder als jemanden, der sich nicht von weltlicher Toleranz, sondern von christlicher Nächstenliebe bewegen lasse. Das Ausmaß und die Dynamik der weltweiten Christenverfolgung hätten in den vergangenen Jahren kontinuierlich zugenommen. Weltweit litten rund 300 Millionen Christen unter Bedrückung und Verfolgung, Zehntausende saßen in Gefängnissen und Arbeitslagern. Das erste, worum verfolgte Christen bäten, wäre das Gebet.

Der Generalsekretär der Deutschen Evangelischen Allianz, Reinhardt Schink (Bad Blankenburg), sagte, mit seinem klaren Bekenntnis zu Jesus Christus habe Kauder vielen Menschen Mut gemacht: „Damit waren Sie ein Vorbild.“

Der langjährige Beauftragte der Deutschen Evangelischen Allianz am Deutschen Bundestag und am Sitz der Bundesregierung, Wolfgang Baake (Wetzlar), betonte, es sei selten, dass sich ein Spitzenpolitiker so deutlich zum christlichen Glauben bekenne, wie Kauder das getan habe. Zudem erinnerte er an Kauders Mahnung, sich auf das „C“ zurückzubedenken: „Sonst gibt die Union ihre DNA auf.“

Kongress Christenverfolgung vom 14. bis 17. November

Der Leiter der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA, Matthias Pankau (Wetzlar), würdigte Kauder für seinen unermüdlichen Einsatz für verfolgte Christen. Er sei es gewesen, der das Thema an der Basis wie in der großen Politik ins Bewusstsein gehoben habe. Pankau dankte dem Politiker für seinen Einsatz beim von IDEA und dem Christlichen Gästezentrum Schönblick veranstalteten Kongress „Christenverfolgung heute“.

Der nächste Kongress findet vom 14. bis 17. November in Schwäbisch Gmünd statt. Er steht unter dem Motto „Christenverfolgung heute – Weltweite Religionsfreiheit, wachsende Kirchen“.

Kolumbien: Schwester Gloria ist frei

Nach der Freilassung von Schwester Gloria: "Gott sei Ehre und Dank für diesen freudigen Moment"

Bogota (Fides) - Am vergangenen Samstag, den 9. Oktober, bestätigte Präsident der Kommission für die Missionen der Bischofskonferenz von Kolumbien, Bischof Mario de Jesús Álvarez Gómez von Istmina-Tadó, per Videobotschaft die Freilassung der Missionsschwester Gloria Cecilia Narváez, **die am 7. Februar 2017 in Mali entführt worden war**, wo sie sich der Missionsarbeit vor allem mit den Jüngsten widmete. "Als Vorsitzender der Missionskommission der kolumbianischen Bischöfe", sagte er, "verkünde ich mit großer Freude die Freilassung von Schwester Gloria Cecilia Narváez, einer Ordensfrau der Kongregation der Franziskanerinnen von der Unbefleckten Jungfrau Maria, die kürzlich in Mali, Afrika, freigelassen wurde". Bischof Álvarez Gómez dankte in diesem Zusammenhang dem Heiligen Stuhl, der Apostolischen Nuntiatur von Kolumbien und der Bischofskonferenz von Kolumbien für ihre Bemühungen um die Freilassung der Ordensfrau. "Gott sei Ehre und Dank für diesen freudigen Moment für die Weltkirche und die Kirche in Kolumbien", schloss er.

Auch die kolumbianische Regierung äußerte sich nach Angaben internationaler Agenturen bereits erfreut über die Freilassung von Schwester Gloria. Die kolumbianische Vizepräsidentin und Außenministerin, Marta Lucía Ramírez, betonte in einer Erklärung, dass es sich um ein Ziel handele, das sich auch die kolumbianische Regierung gesetzt habe und für das sie persönlich gemeinsam mit Präsident Duque monatelang in zahlreichen Kontakten und Ersuchen um internationale Zusammenarbeit gearbeitet habe, unter anderem auch in Zusammenarbeit mit führenden Persönlichkeiten in Afrika.

Noch am 7. Februar 2021, hatte Erzbischof Francisco Javier Múnera Correa, Bischof von San Vicente del Caguán vier Jahre nach der Entführung der kolumbianischen Ordensfrau, betont "die Kirche betet weiterhin für ihre Gesundheit und ihre baldige Freilassung". Der Bischof bekräftigte in diesem Zusammenhang den Aufruf mit der Bitte um Freilassung, die Achtung ihrer Menschenwürde und ihren Status als Nonne, die sich ganz dem Dienst an den Bedürftigsten in den Missionsländern verschrieben hat. Bischof Múnera Correa ermutigte damals auch die Mitschwestern der Kongregation der Franziskanerinnen von der Unbefleckten Jungfrau Maria, zu der Schwester Gloria Cecilia gehört, und erinnerte sie daran, dass "die Bischöfe Schwester Gloria Cecilia nicht vergessen haben und führ ihre sofortige Rückkehr beten".

Ein Jahr zuvor, am 6. Februar 2020, während der Arbeit der Vollversammlung der kolumbianischen Bischofskonferenz, Bischof Mario de Jesús Álvarez Gómez von Istmina-Tadó in seiner Eigenschaft als Mitglied der Kommission für die Missionen drei Jahre nach der Entführung, mit Nachdruck bekräftigt: "Nein, wir haben Schwester Gloria Cecilia Narvaez nicht vergessen, wir sind vereint im zuversichtlichen Gebet zu Gott, dass der Herr die Herzen dieser Menschen berühren möge und dass die Ordensschwester die Freiheit erlangen möge" (vgl. Fides 08/02/2021).

(SL) (Fides 11/10/2021)

Kongo: Immer neue Überfälle fordern zahlreiche Opfer

Entwicklung in Afghanistan verleiht mutmaßlich Islamisten in aller Welt Auftrieb

(Open Doors, Kelkheim) – Im Osten der Demokratischen Republik Kongo (DRK) häufen sich die tödlichen Angriffe der islamistischen Rebellengruppe ADF auf die Zivilbevölkerung. Seit Mai dieses Jahres sind dabei fast 750 Menschen ums Leben gekommen, mehrheitlich Christen. Open Doors beobachtet die Entwicklung mit Sorge und sieht die Islamisten derzeit im Aufwind.

Parallelen zu Extremistengruppen in anderen Teilen Afrikas

Anfang September ermordeten mutmaßliche Mitglieder der ADF (Allied Democratic Forces) in der östlichen Provinz Ituri mindestens 30 Menschen. Bereits am 29. August wurde ein Dorf im Beni-Territorium der Provinz Nord-Kivu überfallen. Dabei wurden mindestens 19 Menschen getötet. Bei einem weiteren Angriff Anfang August starben 16 Menschen.

Die Bevölkerung der DRK besteht zu 95 % aus Christen, sodass die Mehrheit der Opfer Christen sind. Dass dies dennoch kein Zufall ist, erläutert Illia Djadi, leitender Analyst von Open Doors für Religions- und Glaubensfreiheit in Afrika südlich der Sahara: „Die überwiegend christlichen Siedlungen werden von einer islamischen Extremistengruppe mit einer klaren islamischen Expansionsagenda angegriffen“, sagte er zu Beginn des Jahres. „Es ist eine Erinnerung an das, was in anderen Teilen Subsahara-Afrikas passiert. Denken Sie zum Beispiel an Gruppen wie Boko Haram im Nordosten Nigerias. Die Ideologie, das Ziel, ein ‚Kalifat‘ in der Region zu errichten, und die Art und Weise, wie sie vorgehen, sind dieselben, und wir können sehen, wie sie unschuldigen Menschen schreckliches Leid zufügen.“ Christen stehen den Bestrebungen der Gruppen im Weg und werden von den Islamisten als „Ungläubige“ verachtet.

Christen können keinen Schutz durch die Regierung erwarten

Die ADF ist seit Jahrzehnten auf dem Vormarsch, tötet und entführt Christen und bildet Dschihadisten aus und schickt sie in andere Länder Afrikas. Während die Bevölkerung der Gewalt hilflos gegenübersteht, sehen sich die Rebellen vermutlich durch die Rückkehr der Taliban in Afghanistan in ihrem Tun ermutigt. So heißt es in einer aktuellen Analyse der Forschungsgruppe World Watch Research von Open Doors: „Die Machtübernahme der Taliban nach 20 Jahren des Kampfes gegen US-amerikanische und afghanische Regierungstruppen kann Dschihadisten auf der ganzen Welt nur ein zufriedenes Lächeln entlocken.“

Von den Machthabern in der DRK dürfen die Christen offenbar wenig Schutz erwarten. In ihrem Bemühen, für mehr Sicherheit zu sorgen, verhängte die Regierung im Mai das Kriegsrecht, allerdings ohne viel Wirkung zu erzielen. Allein im Juli wurden bei einer Reihe von Angriffen im Beni-Gebiet mindestens 90 Zivilisten getötet. Open Doors ruft deshalb zum Gebet für die Christen und die Zivilbevölkerung auf.

Auf dem Weltverfolgungsindex 2021 steht die Demokratische Republik Kongo an 40. Stelle der Länder, in denen Christen am stärksten wegen ihres Glaubens verfolgt werden.

Quelle: Open Doors

Leben im Irak: Unsichere Zukunft zwischen Hoffnung und Tragödie

Ein Bericht von David Müller, pol. Fürsprecher für Religionsfreiheit im Irak



© ojcos-stiftung.de

Im Juli 2021, nach 16 Monaten „Corona-Zwangspause“ trat ich meine nunmehr siebte Irakkreise an. Sie führte mich 14 Tage lang bei Temperaturen zwischen 40 und 45 Grad in das geschundene Zweistromland und stellte mich vor einige Herausforderung. Jedoch war die Reise dank der offenen Herzen unserer alten und neuen Freunde voller spannender Einblicke. Ich durfte spüren, wie großartig es sich anfühlt, wenn einem Menschen vertrauen – unbezahlbar.

Wie ist die Sicherheitslage im Irak?

„Irak? Wirklich, bei all den Sicherheitsrisiken?“, fragten einige meiner Freunde und Bekannten vor Antritt der Reise. Und ja, die Sicherheitslage ist noch weit schlimmer als das, was wir in Europa schon als unsicher bezeichnen würden. Es gibt dramatische Unterschiede je nach Region. Erbil etwa, Hauptstadt der Region Kurdistan-Irak. Hier ist das Leben relativ normal (jedenfalls wenn man irakische Maßstäbe anlegt) und man ist vergleichsweise wenigen Gefahren für Leib und Leben ausgesetzt. Etwa in der Mitte der Gefährlichkeitsskala ist die irakische Hauptstadt Bagdad. Sie wird immer wieder von Raketenangriffen und Anschlägen heimgesucht. Am anderen Ende die Region Sinjar, das Heimatgebiet der Jesiden. Ein hochgefährliches Pflaster, wo unterschiedliche Milizen und Sicherheitskräfte um die Vorherrschaft ringen. Dem nicht genug, fliegt dort die türkische Luftwaffe auch regelmäßige Luftangriffe.

Das politische ist das eine. Hier gibt es Unterschiede, die hinsichtlich der anderen Sicherheitsgefahr nicht bestehen: Das Corona-Virus kennt nämlich keine politischen oder sonstigen Grenzen; und kümmert sich auch nicht um diese. Die Situation ist im ganzen Land sehr prekär. Im Sommer 2020 war der Irak weltweit unter den TOP 20 der von der Pandemie betroffenen Länder. Die auf dem Globus allenthalben zu spürenden Erleichterungen im Sommer 2021 machen aber wohl einen Bogen um den Irak, wo die höchsten Inzidenzzahlen seit Beginn der Pandemie zu verzeichnen sind. Große Pilgerströme in die heiligen schiitischen Stätten – mit Pilgern vor allem aus dem Iran – und fehlendes Verständnis für Schutzmaßnahmen, stellen das Land vor eine große Herausforderung.

Zwei Katastrophen: Der IS und Corona

2014 hatten die Terroristen des sogenannten „Islamischen Staates“ (IS) ihren selbsternannten Gottesstaat ausgerufen und unvorstellbare Gräueltaten an all denjenigen verübt, die sich weigerten, ihrer radikalen Auslegung des Islam zu folgen. Die Schreckensherrschaft währte fast vier Jahre, aber Ende 2017 gelang es irakischen und internationalen Kräften den IS zu besiegen und alle unter seiner Kontrolle befindlichen Regionen zu befreien.

Wiederaufbau war angesagt. Standen zunächst Projekte im Fokus, die das Überleben der geschädigten und vertriebenen Menschen sichern sollten, so verschiebt er sich aktuell hin zu nachhaltigeren Projekten, in dem in Infrastruktur, Arbeitsplätze und gesellschaftliche Entwicklung investiert wird. Allerdings konzentriert sich das Engagement – nationales wie internationales – überwiegend auf die Folgen der Katastrophe, die von Menschen gemacht war und kein nicht zu erwartendes Naturereignis darstellte. Eine Debatte über die Ursachen findet nahezu nicht statt.

Nicht so existenzielle Probleme, wie etwa die Situation religiöser Minderheiten (unter anderem Christen und Jesiden) stehen nur sehr selten auf der To-do-Liste der irakischen Regierung. Viele Verlautbarungen klingen auf dem Papier schön und stellen einen lobenswerten wie guten Anfang eines (wohl längeren) Prozesses dar, bleiben aber fade, wenn es nicht gelingt, sie mit Leben zu füllen.

Die Corona-Pandemie kam zu einer Zeit, in der sich der irakische Staat mit mannigfaltigen ungelösten Problemen konfrontiert sah. Denn es galt nicht nur, die Folgen der IS-Herrschaft zu beseitigen, sondern es betrifft auch ganz existenzielle Fragen wie jene der Sicherheit, der Daseinsvorsorge und der Stabilität des Landes. 1990 verhängte der Westen als Reaktion auf Saddam Husseins Überfall auf Kuwait ein Embargo, das die staatliche Infrastruktur so weit geschwächt hat, dass sie schließlich 2003 endgültig zusammenbrach – und seither nicht mehr aufgebaut werden konnte.

Das staatliche Versagen und die schiere Nichtexistenz wesentlicher staatlicher Infrastruktur wird nun auf erschreckende Weise transparent. Hinzu kommen die mangelnde Sorge um das Leben der Menschen und die allgemeine Schwäche des Gesundheitssystems. Das führte zwar zu einer Zunahme des öffentlichen Drucks auf die Regierung, bislang konnte die Lage aber nicht wesentlich verbessert werden. Im Gegenteil: Corona hat das Land fest im Griff. Ohne internationale Unterstützung werden sich die Pandemie und ihre schrecklichen Folgen nicht eindämmen lassen.

Die Pandemie offenbarte zwar das mangelnde Bewusstsein der Öffentlichkeit für Gesundheit – die Schutzmaßnahmen werden in weiten Teilen nicht befolgt –, gleichzeitig aber entdecken immer mehr Menschen die Wichtigkeit von Solidarität. Das ethnische und geografische Grenzen ignorierende Virus macht den Menschen bewusst, dass die Krise nur gemeinsam bewältigt werden kann.

Wie geht es den Christen?

Der IS und Corona haben auch das Leben der Christen nachhaltig beeinflusst und verändert. Die tragischen Auswirkungen sind hinreichend bekannt. Neben all den erlebten Gräueln gibt es aber auch positive Entwicklungen innerhalb der irakischen Kirchen.

Die Kirchen im Irak, dem Kernland des früheren Mesopotamien, gibt es seit 2000 Jahren. Sie sind mit die ältesten Kirchen überhaupt. In solch einer langen Zeit besteht die Gefahr, dass gute Traditionen zum Selbstzweck werden und Leitungsstrukturen sich verselbständigen. Durch die mutwillige Zerstörung von Kirchen und Andachtsgegenständen durch den IS, sind die Gläubigen nun gezwungen, sich intensiver mit den Grundlagen ihres Glaubens und einem an der Bibel orientierten Lebensstil zu beschäftigen.

Corona bewirkte zudem einen interessanten Paradigmenwechsel. Bisher waren die meisten irakischen Christen der festen Überzeugung, man könne nur dann ein guter Christ sein, wenn man sich gemeinsam in einem Gebäude trifft – man ging „in die Kirche“. Die Pandemie hat dies meist unmöglich gemacht oder bestenfalls massiv erschwert. Neue und kreative Lösungen wurden nötig. Heute spielt sich kirchliches Leben vermehrt im Privaten ab. Gläubige treffen sich in kleinen Gruppen in Wohnungen, beten, empfangen die Sakramente und leben Gemeinschaft.

So alt das Land und seine Kirchen auch sind, so divers war schon immer die kirchliche Landschaft. Es treffen nicht nur unterschiedliche Ethnien, sondern auch unterschiedlichen Traditionen aufeinander. Dies war in der Vergangenheit oft ein Grund für Spannungen unter Christen. Heute jedoch können chaldäische, orthodoxe, assyrische, evangelikale Christen und Christen mit muslimischem Hintergrund in einem Raum gemeinsam beim gemeinsamen Gebet beobachtet werden. Ein ermutigendes Zeichen der versöhnten Vielfalt.

Die irakische Kirche – der Singular sei hier bewusst gesetzt – ist heute eine Mischung aus traditionellen Kirchen, Evangelikalen und Konvertiten muslimischen Hintergrunds. Letztere sind in den vergangenen Jahren zahlenmäßig so stark gewachsen, dass Viele davon sprechen, sie wären zwischenzeitlich der größere Teil der Gläubigen mit aktiven christlichem Lebensstil. Es bleibt spannend zu beobachten, wie diese Entwicklung weitergeht. In jedem Fall braucht sie aber unsere Unterstützung.

Und die Jesiden?

Die Situation der Jesiden ist nach wie vor perspektivlos. Die Rückkehr in ihre Heimat im Sinjar-Gebiet, im Nord-Westen des Irak, ist gefährlich und in vielen Fällen auch gar nicht möglich. Zu Tausenden leben die Vertriebenen nun schon seit sieben Jahren in Zelten in den Flüchtlingscamps. Es braucht nicht extra betont werden, dass hier die Gesundheitsversorgung nicht am besten ist. Einerseits geht die Angst vor Ansteckungen um, gleichzeitig zeigen die Menschen wenig Verständnis für Hygieneregeln. Erschwerend kommt hinzu, dass immer wieder Zelte wegen mangelhaft ausgeführter oder missbräuchlich genutzter elektrischer Infrastruktur abbrennen und die Bewohner auch noch das letzte Bisschen ihres Hab und Guts verlieren, oder gar den Tod ihrer Lieben betauern müssen. Dies und die fehlenden Beschäftigungsmöglichkeiten führt in den Camps immer wieder zu Depressionen, Aggressionen und Selbstmorden.

National und international wurden in der letzten Zeit viele Anstrengungen zum Umgang mit dem erlittenem Unrecht unternommen. Die Anerkennung als Genozid (Völkermord) und Gesetze über Reparationsleistungen sind dabei wichtige (erste) Schritte.

Dabei soll aber nicht unter den Tisch gekehrt werden, dass sich die jesidische Community schwer auf einen Kompromiss einigen kann. Dies ist auch tiefem Misstrauen zum einen Teil gegenüber der kurdischen Regionalregierung und zum anderen gegenüber Clanführern aus anderen Familien geschuldet. Über all dem schweben die offenen Fragen nach dem Umgang mit der PKK, der Türkei sowie dem Wunsch der jüngeren Generation nach einem westlich orientierten Lebensstil.

Sonderkontingente für die Aufnahme in einem anderen Land, wie allenthalben diskutiert, lösen diese Probleme nicht und bewirken vor allem nur, dass die Menschen nur noch heimatloser werden. Langfristig erfolgreicher und besser – wenn auch ungleich komplexer – ist zweifelsohne der Aufbau einer sicheren, menschenfreundlichen und funktionierenden Infrastruktur. Es sei an die Fabel erinnert, wo Menschen das Fischen beigebracht wird und nicht Fische geschenkt werden.

Ein Hoffnungszeichen sind beispielsweise Menschen, die in die Ausbildung einheimischer Traumatherapeuten investieren. Selbst jetzt, da bereits viele der äußerlichen Schäden, die der IS verursacht hat, repariert sind, dürfte das immense Ausmaß der inneren, der seelischen, Schäden den meisten noch gar nicht bewusst sein.

Mexiko: „Wir dürfen nicht schweigen“

Katholische Bischöfe üben Kritik an der geplanten Legalisierung gleichgeschlechtlicher Ehen

Mexiko-Stadt (Fides) – Zu einer geplanten Reform des Zivilgesetzbuches des Staates Mexiko mit dem Ziel der Neudefinition der Ehe zwischen Mann und Frau äußern sich die mexikanischen Bischöfe an einem Appell an "das gesamte katholische Volk", an alle, „die unseren Glauben an den Herrn Jesus Christus teilen, an alle Gläubigen anderer Religionen und an alle Menschen guten Willens" und laden dazu ein, gemeinsam, „die ursprüngliche Wahrheit“ der Ehe zu schützen, „mit ihrer unveränderlichen anthropologischen Struktur und ihren Zielen zum Wohle der Gesellschaft".

"Angesichts der merkwürdigen Gesetzesinitiativen“, so die Bischöfe, „die sich überall im Land gegen die Heiligkeit des Lebens, die Ehe zwischen Mann und Frau und die Familie richten, erlauben wir uns, einen dringenden dazu aufzurufen, sich zusammenzuschließen und sich solchen Initiativen dauerhaft zu widersetzen. Wir bitten darum, dass wir gemeinsam unsere Stimme erheben, uns organisieren und in allen Foren die Wahrheit über die Würde des Menschen, die Unantastbarkeit des Lebens und die Ehe zwischen einem Mann und einer Frau verteidigen, aus der die Familie, die Grundzelle der Gesellschaft, hervorgeht".

In ihrer Botschaft erinnern die Bischöfe daran, dass "die Ehe zwischen einem Mann und einer Frau das kulturelle Erbe aller Völker ist, das auf der biblischen Anthropologie beruht", während gleichgeschlechtliche Partnerschaften als "Ehe" bezeichnet und dies auf dem Rechtsgebiet des Staates Mexiko legalisiert werden soll und betonen, dass es "es handelt sich um unterschiedliche Realitäten, die unterschiedliche juristische Ansätze erfordern", und sie fordern, zu unterscheiden zwischen "privaten persönlichen Entscheidungen oder denen von Gruppen, die von Anfang an ein Lebensmodell bevorzugen und wählen, das sich von Gottes Projekt der menschlichen Liebe unterscheidet".

"Ausgehend vom Glauben haben wir das Recht“, so die Bischöfe, „die ursprüngliche Wahrheit der von Gott geschaffenen Realität der Ehe zu lehren, auszudrücken und zu schützen, indem wir fordern, dass sie in der Rechtsordnung respektiert wird und nicht neu definiert werden soll, was Gott festgelegt hat. Wir sind Teil einer mexikanischen Gesellschaft und werden in dieser Forderung durch das Menschenrecht auf Religionsfreiheit unterstützt".

Gesetzgeber, so die Bischöfe abschließend, die unseren Glauben an Christus teilen, haben "die moralische Pflicht, ihre Meinung klar und öffentlich zum Ausdruck zu bringen". Schließlich fordern die Bischöfe alle Gesetzgeber auf, "die repräsentative Demokratie zu stärken, Gesetze für die Mehrheit und nicht für Minderheiten zu erlassen, für sie, wenn sie fehlen, rechtliche Garantien zu finden, ohne jedoch Mehrheiten zu verletzen". Am Ende der Botschaft erneuerten sie den Appell: "Zum Wohle der Nation ... dürfen wir nicht schweigen oder passiv bleiben".

(SL) (Fides 13/10/2021)

Nigeria: Fünf weitere Schüler und die Leiterin der Bethel Baptist High School entlassen

IIRF-D/BF/Tübingen/14.10.21 - Entführer in Nigeria haben am 8. Oktober fünf weitere Schüler und die Rektorin der Bethel Baptist High School im Bundesstaat Kaduna freigelassen.

Der Präsident der nigerianischen Baptistenkonvention, Dr. Israel Akanji, gab die Entwicklung bekannt und erklärte, dass vier Schüler noch in Gefangenschaft seien. "Gott sei gepriesen", sagte er. "Fünf unserer Schüler der Bethel Baptist High School und die Oberin ... sind heute Abend wieder freigelassen worden.

"Wir danken Gott und vertrauen darauf, dass auch die übrigen vier Schüler freigelassen werden. Wir danken Ihnen für Ihre Gebete und Ihre Unterstützung."

Etwa 120 Schüler wurden von bewaffneten Männern entführt, die in den frühen Morgenstunden des 5. Juli in das christliche Internat eindrangen. Die meisten Schüler wurden nach und nach freigelassen, zunächst am 25. Juli 28 Schüler. Es folgten weitere Freilassungen im August und September. Einigen Schülern gelang es, ihren Entführern zu entkommen.

Quelle: Barnabas Fund 11. Oktober 2021

Norwegen: Kongsberg - Angriff war mutmaßlich ein Terroranschlag

Fünf Tote – Der Täter soll ein muslimischer Konvertit sein

Kongsberg (IDEA) – Der tödliche Angriff auf Bürger in der norwegischen Stadt Kongsberg (bei Oslo) war nach bisherigen Ermittlungen mutmaßlich ein Terroranschlag. Das geht aus einer Presseerklärung des Inlandsgeheimdienstes PST hervor. Ein mit Pfeil und Bogen bewaffneter Mann hatte am 13. Oktober fünf Menschen getötet und zwei schwer verletzt. Kurz nach 18 Uhr hatte der Täter in einem Supermarkt begonnen, Passanten mit Pfeilen zu beschießen. Eintreffenden Polizisten konnte er entkommen, indem er einen Pfeilhagel auf sie herniedergehen ließ. Erst nach einer halben Stunde konnte er von bewaffneten Polizeibeamten lebend festgenommen werden, nachdem er vier Frauen und einen Mann im Alter zwischen 50 und 70 getötet hatte. Die beiden überlebenden Opfer werden zurzeit noch auf der Intensivstation eines Osloer Krankenhauses behandelt, sind jedoch außer Lebensgefahr. Nach Angaben der Staatsanwältin Ann Irén Svane Mathiassen hat der Festgenommene die Taten gestanden. Laut Medienberichten soll es sich bei dem mutmaßlichen Täter um einen 37-jährigen dänischen Staatsbürger handeln, der zum Islam konvertiert sei. Es habe Hinweise gegeben, dass sich der Mann radikalisiert hat. Er sei der Polizei zuvor schon bekannt gewesen. Zuletzt sei er im März 2020 in den Fokus der Behörden geraten, als er in das Haus von Verwandten eingedrungen sei und diese mit einer Pistole bedroht habe. Bereits 2012 sei er wegen schweren Raubüberfalls und des Besitzes von Cannabis verurteilt worden. Als Reaktion auf die Tat wurde allen Polizeibeamten befohlen, sich zu bewaffnen. Hintergrund ist, dass norwegische Polizisten normalerweise unbewaffnet auf Streife gehen. Pfeil und Bogen gelten in dem Land jedoch als Sportgeräte und können deshalb ohne Beschränkungen erworben werden.

Pakistan: Menschenrechtler soll gegen Zwangsehen vorgehen

Anlass ist der Internationale Tag der Mädchen am 11. Oktober

Lahore (IDEA) – Die pakistanische Regierung sollte wirksame Maßnahmen ergreifen, um Zwangsehen und erzwungene Übertritte von christlichen Mädchen zum Islam in dem Land zu verhindern. Das fordert die Menschenrechtsorganisation ADF International (Allianz zur Verteidigung der Freiheit) in einer Pressemitteilung. Anlass ist der Internationale Tag der Mädchen am 11. Oktober. In Pakistan werden laut ADF jährlich rund 1.000 Mädchen, die religiösen Minderheiten angehören, gegen ihren Willen verheiratet. In einem Offenen Brief an den pakistanischen Premierminister Imran Khan ruft ADF die Regierung des Landes dazu auf, für die jungen Frauen einzutreten, indem sie etwa Meldestellen einrichtet oder Kinder zu ihren Eltern zurückbringt. Außerdem sollten die lokalen Behörden und Gerichte für solche Fälle geschult werden. Sie seien häufig mitschuldig, betont ADF International. Die Gerichte gäben die Kinder meistens ihren Entführern und nicht den Eltern zurück. Ein Beispiel sei Maira. Die 14-jährige Katholikin wurde nach eigenen Angaben gewaltsam entführt, mit einem Muslim verheiratet und gezwungen, zum Islam konvertieren. Außerdem habe man ihr gesagt, dass man ihrer Familie etwas antun würde, sobald sie Kontakt aufnehme. Als die Eltern klagten, verfügte der Oberste Gerichtshof von Lahore, dass sie ihrem Entführer zurückgegeben werden sollte. Daraufhin floh Maira vor ihrem angeblichen Ehemann. Nun muss sie sich verstecken, während vor Gericht die Auflösung ihrer „Ehe“ verhandelt wird. Der Geschäftsführer und Leitende Anwalt von ADF International, Paul Coleman, sagte, dass Fälle wie die von Maira nicht länger unbemerkt bleiben dürften. Es handele sich um extreme Verletzungen der Grundrechte. Der Offene Brief kann auf endforcedmarriage.org unterschrieben werden.

Pakistan: Abriss ohne Entschädigung

Wegen öffentlichen Arbeiten sind viele Familien obdachlos geworden

Karatschi (Fides) - "Mehr als 12.000 Familien haben ihre Häuser verloren, 96.000 Menschen sind obdachlos und mehr als 30.000 Kinder haben die Schulen verlassen, weil die Behörden entlang der Kanäle von Gujjar und Orangi, die wichtigsten Entwässerungskanäle der Stadt, Häuser und Wohnungen demolieren ließ", beklagt der Leiter der Caritasstelle der Erzdiözese Karatschi, Mansha Noor, „Wir sind bedauern dies und sind besorgt um alle Familien, die in dieser schwierigen Zeit der Pandemie ihr Zuhause verloren haben. Die Regierung sollte sich um die Umsiedlung dieser Menschen kümmern". Der Geschäftsführer kündigt einen Plan zur Unterstützung vertriebener Familien an, nachdem die Stadtverwaltung Häuser abreißen ließ, um die Kanäle von Gujjar und Orangi, die bisher zur Ableitung von Regenwasser dienten, zu verbreitern und in größere und funktionellere Abwasserkanäle umzuwandeln. Außerdem wurde eine Straße gebaut. "Wenn die Regierung einen Entwicklungsplan hat, muss sie den betroffenen Bürgern eine alternative Wohnmöglichkeit bieten", so Noor. Dank der Hilfe von Caritas Italien, Caritas Japan, Caritas Pakistan und Missio Österreich konnten in der ersten Phase des Projekts 722 christliche Familien und 100 muslimische Familien mit humanitärer Hilfe verschiedener Art erhalten, einschließlich der Unterstützung bei der Anmietung neuer Wohnungen.

Der Plan der Zivilregierung sieht den Abriss von insgesamt 1.200 Häusern sowie von christlichen Moscheen und Kapellen in den betroffenen Gebieten entlang der Kanäle vor. Betroffene Familien beklagen nun, dass der Plan keine Entschädigung oder Umsiedlung vorsieht, für Menschen "die seit Jahrzehnten dort leben, Häuser gekauft oder gemietet haben und nun verzweifelt sind, weil der Oberste Gerichtshof Pakistans ihre Miet- oder Eigentumsdokumente für ungültig erklärt hat und sie als illegale Bewohner bezeichnet". Deshalb hat sich die örtliche Kirche in Karatschi dieser Familien angenommen und hilft ihnen, ihre Häuser in einem anderen Gebiet wieder aufzubauen, und unterstützt die Ausbildung der Kinder.

Nach den schweren Regenfällen in Karatschi im Sommer 2020 plante die Provinzregierung im Februar 2021 öffentliche Arbeiten, um die Abwasserkanäle zu verbessern und Überschwemmungen zu verhindern. Nach einer ersten Entscheidung des Obersten Gerichtshofs von Sindh bestätigte auch der Oberste Gerichtshof die Notwendigkeit und Rechtmäßigkeit der öffentlichen Arbeiten und Abrisse.

(AG-PA) (Fides 8/10/2021)

Pakistan: Parlamentarischer Ausschuss blockiert

Verbot von Zwangskonvertierung nichtmuslimischer Mädchen

Lahore (Fides) - Mit einer öffentlichen Bitte um Klärung kritisieren Christen in Pakistan die Ablehnung eines Gesetzentwurfs, der Zwangsbekehrung von Mitgliedern religiöser Minderheiten verbieten sollte. Am gestrigen 13. Oktober lehnte der parlamentarische Ausschuss für Zwangsbekehrungen einen entsprechenden vom Ministerium für Menschenrechte ausgearbeiteten Gesetzesentwurf ab, nachdem dieser vom Ministerium für religiöse Angelegenheiten und interreligiöse Harmonie als "nicht islamisch" bezeichnet und mit dieser Begründung blockiert. Der Gesetzentwurf ist damit hinfällig und wird nicht ins Parlament eingebracht.

Der Gesetzentwurf sollte die erzwungene religiöse Bekehrung von minderjährigen nicht-muslimischen Mädchen in Pakistan zu einem Straftatbestand machen. Ein katholischer Priester, der anonym bleiben will, sagte gegenüber Fides: "Das Vorgehen der parlamentarischen Kommission ist eine Schande".

Die Katholikin Michelle Chaudhry, Präsidentin der "Cecil & Iris Chaudhry Foundation" (CICF), erklärte gegenüber Fides: "In Pakistan ist die Zwangskonvertierung von minderjährigen nicht-muslimischen Mädchen weit verbreitet; Mädchen, die religiösen Minderheiten, insbesondere der Hindus und Christen, angehören, werden entführt und gewaltsam zum Islam bekehrt; anschließend werden sie mit ihren Entführern verheiratet, die sie vergewaltigen oder zur Prostitution zwingen".

"Das muss aufhören: Es ist Aufgabe des Staates, dringend notwendige Maßnahmen zu ergreifen. Allerdings hat Premierminister Imran Khan vor kurzem gegenüber islamischen Religionsgelehrten erklärt, dass unter seiner Regierung kein solches Gesetz erlassen werde", fügt Chaudhry hinzu, „Die Ablehnung des Gesetzentwurfs durch den Parlamentsausschuss spiegelt nun eindeutig den politischen Willen der Regierung wider, sich nicht um die Sicherheit von Nicht-Muslimen in Pakistan zu kümmern“. "Wir werden diese grobe Verletzung der Menschenrechte auf allen Ebenen bekämpfen", bekräftigt Chaudhry, „Es besteht ein enormer Bedarf an wirksamen Gesetzen gegen die Zwangskonvertierung von minderjährigen nicht-muslimischen Mädchen. Der Staat muss sich dessen bewusst sein und seine internationalen Verpflichtungen sowie die in der pakistanischen Verfassung verankerten Garantien einhalten".

Christliche Organisationen halten daher ein Gesetz für unerlässlich, das ein Mindestalter für die Bekehrung festlegt und Entführung und Nötigung sowie die Zwangsbekehrung von Minderjährigen unter Strafe stellt. Zuletzt hatten die katholischen Bischöfe Pakistans anlässlich Internationalen Mädchentags der Vereinten Nationen, der am 11. Oktober begangen wird, einen öffentlichen Appell an die Regierung gerichtet und sie aufgefordert, alle Anstrengungen zu unternehmen, um dem Phänomen der Zwangsverheiratung, der Entführung und der religiösen Bekehrung von minderjährigen Mädchen ein Ende zu setzen ([vgl. AKREF vom 11/10/2021](#)).

In der Debatte im Parlamentsausschuss bezeichnete der Minister für religiöse Angelegenheiten Noorul Haq Qadri das Umfeld „ungünstig“ für die Formulierung eines Gesetzes gegen Zwangskonvertierungen. Die Verabschiedung eines Gesetzes über Zwangskonvertierungen würde "das Klima des friedlichen Zusammenlebens schädigen und weitere Probleme für Minderheiten schaffen", während einige Senatoren sagten, dass "Gesetze, die dem Islam widersprechen, in Pakistan nicht erlassen werden können".

(PA) (Fides 14/10/2021)

Pakistan: Welt-Mädchentag

Katholische Kirche erinnert an Zwangsehe und Zwangsbekehrung

Lahore (Fides) - Die Regierung müsse alle Anstrengungen unternehmen, um dem Phänomen der Zwangsverheiratung, der Entführung und der religiösen Bekehrung von minderjährigen Mädchen ein Ende zu setzen, so der Appell der pakistanischen Bischofskonferenz anlässlich des Internationalen Mädchentags, der den Vereinten Nationen der am 11. Oktober begangen wird.

Die Kommission für Gerechtigkeit und Frieden (NCJP) der katholischen Bischofskonferenz Pakistans mit Sitz in Lahore, fordert in einer Erklärung, die Behörden auf, konkrete gesetzgeberische Maßnahmen zu ergreifen, um Zwangsverheiratungen zum Zwecke der Zwangskonvertierung ein Ende zu setzen. Der Text erinnert daran, dass in Pakistan jedes Jahr mehr als 1.000 Mädchen aus hinduistischen und christlichen Gemeinden, d.h. Angehörige religiöser Minderheiten, Opfer von Entführungen und Zwangskonvertierungen durch Zwangsehe werden. Die christliche Gemeinschaft wendet sich gegen diese Gewalt, gegen den Missbrauch der persönlichen Freiheit und der Religionsfreiheit gegenüber Mädchen im Teenageralter. In diesem Zusammenhang übt die Kommission auch Kritik am Widerstand der Regierung gegen die Verabschiedung eines solchen Gesetzes.

In der Mitteilung fordern Bischof Samson Shukardin, Vorsitzender der Kommission, Pfarrer Emmanuel Yousaf, Direktor der Kommission, und Naeem Yousaf Gill, Exekutivdirektor, die Bundesregierung auf, "eine konsistente und rechtliche Position in Übereinstimmung mit ihren internationalen Verpflichtungen und den verfassungsrechtlichen Bestimmungen zum Schutz der Minderheitenrechte" einzunehmen. "Mädchen, die Opfer dieser Willkür werden, sind mit dem Trauma der Trennung von ihren Eltern konfrontiert und leiden unter körperlichem, geistigem und emotionalem Missbrauch. Die Eltern der Mädchen werden bedroht und zum Schweigen gebracht. Das Verbrechen der Zwangskonvertierung beinhaltet mehrere Verletzungen der Menschenrechte, wie z.B. der Religionsfreiheit und der grundlegenden Menschenrechte", heißt es in der Erklärung der Kommission weiter.

Mit ihrer Initiative schließen sich die katholischen Bischöfe schließt sich der Aktion verschiedener internationaler Organisationen an, darunter die Nichtregierungsorganisation "ADF International", die in einem offenen Brief den Schutz von Mädchen aus religiösen Minderheiten vor den Schrecken der Entführung und Zwangsheirat fordert.

In dem offenen Brief wird die pakistanische Regierung aufgefordert, spezielle Beratungsstellen für die Meldung von Fällen einzurichten, Minderjährige zu ihren Eltern zurückzubringen und sicherzustellen, dass Polizei und Justiz Mädchen aus religiösen Minderheiten schützen.

"Niemand sollte wegen seines Glaubens verfolgt werden. In Pakistan werden junge christliche Mädchen entführt und durch Zwangsheirat konvertiert....Wir bitten alle, unsere Kampagne #EndForcedMarriage zu unterstützen und diesen Brief zu unterzeichnen, um internationalen Druck auf die pakistanischen Behörden auszuüben", erklärt Tehmina Arora von „ADF International“.

Am 19. Dezember 2011 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Resolution 66/170, mit der der 11. Oktober zum Welt-Mädchen-Tag erklärt wurde, der auf die Rechte von Mädchen und die besonderen Herausforderungen hinweist, mit denen Mädchen sich auf der ganzen Welt konfrontiert sehen.

(PA) (Fides 11/10/2021)

Philippinen: „Gott hat mich gerufen, ich werde nicht zurückweichen!“

Seit Precious' heimlicher Glaube an Jesus entdeckt wurde, leben sie und andere Christen gefährlich

(Open Doors, Kelkheim) – Sie nannten sie eine Verräterin und eine „Schlange“, weil sie Christin geworden war. Aber obwohl ihre Familie sie mit ihren Worten tief verletzte, erzählte Precious* (59) ihnen und anderen in ihrem Umfeld weiter das Evangelium. Und das schon seit 25 Jahren. Erst kürzlich erfuhren auch die muslimischen Anführer davon. Nun rechnet Precious* mit dem Schlimmsten.

Viele Jahre unentdeckt das Evangelium geteilt

Precious wuchs als Mitglied eines streng islamischen Stammes auf, dessen Angehörige für ihren außergewöhnlichen Mut bekannt sind. Als sie zum Glauben an Jesus fand, war ihr sofort klar, dass sie ihre Entscheidung vor ihrem Umfeld geheim halten musste. Gleichzeitig konnte und wollte sie nicht für sich behalten, was Jesus in ihrem Leben getan hatte. Immer wieder nutzte sie Gelegenheiten, um einzelnen von ihrem neuen Glauben zu erzählen. Ihre eigene Familie entdeckte Precious' Geheimnis zuerst, doch sie beließen es bei bösen Worten. So konnte sie weiterhin die Bibel in der lokalen Sprache weitergeben und eine Reihe von Menschen zum Glauben an Jesus Christus führen.

Doch kürzlich überbrachte eine ihrer Verwandten Precious die Warnung, dass die islamischen Leiter von ihren Aktivitäten erfahren hätten: „Ich sage dir das, weil ich dich lieb habe“, mahnte sie. Die beiden sprechen schon seit mehr als 10 Jahren über das Evangelium, ohne dass die Verwandte sich entschieden hätte, Jesus zu folgen.

Christen stellen Treffen ein

Precious weiß nicht, wieviel Zeit ihr noch bleibt, bis die islamischen Leiter sie aufsuchen werden – und sie möglicherweise töten. Aber sie trifft bereits Vorsichtsmaßnahmen. Die Warnung ihrer Verwandten hat auf die mutige Frau und ihre kleine christliche Gemeinschaft einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen. Sie haben ihre Treffen eingestellt, um keinen unnötigen Verdacht zu erregen: Denn wenn in dem streng islamischen Umfeld bekannt wird, dass in ihrer Mitte sogar eine christliche Gruppe existiert, könnte es schnell sehr gefährlich werden.

Trotz der schwierigen Situation halten Precious und die anderen Christen weiterhin an Gottes Zusagen fest. „Gott hat mich berufen, und ich werde nicht zurückweichen und aufhören, das Evangelium weiterzugeben“, sagt sie. „Dies ist nicht mein Kampf; er gehört dem Herrn!“ Precious sagt, dass sie sich fühlt wie David, der Goliath gegenübersteht. Aber sie ist zuversichtlich, dass Gott bei ihr ist und sie leiten wird. Verfolgung sei für sie ein Grund zur Freude, weil sich daran zeige, dass Gott am Werk sei.

*Name geändert

Bitte beten Sie für Precious und die Christen muslimischer Herkunft auf den Philippinen!

- Danken Sie Jesus für Precious' mutigen Glauben und für die kleine Gemeinschaft, die durch ihren Dienst entstanden ist.
- Bitten Sie Gott um Schutz vor allen Angriffen, die ihnen aufgrund der Entdeckung drohen.
- Beten Sie, dass Jesus ihnen Mut und gute Ideen schenkt, damit sich die Christen wieder treffen und gegenseitig ermutigen können.
- Beten Sie für die muslimischen Leiter und die Angehörigen der Christen, dass Gott ihre Herzen bewegt und sie ihn erkennen, statt die Christen zu verfolgen.

Schweden: Wie leben chaldäischen Christen in Nordeuropa?

Missionarische Herausforderungen

Göteborg (Agenzia Fides) - Was bedeutet es, in einem skandinavischen Land katholisch zu sein, in einem Kontext mit einer lutherischen Mehrheit, aber auch mit weit verbreitetem Atheismus? Und was sind die missionarischen Herausforderungen einer "Minderheit in der Minderheit" wie den Gläubigen des chaldäischen Ritus? Welche Botschaft sendet eine so alte Kirche, die über die liturgische Sprache verfügt, die der von Jesus gesprochenen am nächsten kommt, an die moderne westliche Welt und an die Gläubigen in der nahöstlichen Diaspora? Pater Rayan Atto, seit Sommer 2018 Rektor der chaldäischen Mission, versucht in seinem Büro im schwedischen Göteborg Antworten auf diese Fragen zu geben und eine Perspektive des Zeugnisses und der evangelischen Präsenz zu bieten, die in einer Welt weit weg vom Irak und mit so unterschiedlichen Traditionen verwurzelt ist.

"In Schweden", sagt Pater Ryan Atto, "gibt es etwa 120.000 Katholiken, einschließlich der vielen verschiedenen Riten, während die schwedische lutherische Kirche 7 Millionen Gläubige zählt. Wir können sagen, dass es in allen Regionen Schwedens Katholiken gibt und dass die Kirche etwa zehn geistliche Zentren wie Pfarreien, Exerzitienhäuser oder Ausbildungsstätten hat. Die Gemeinde setzt sich aus einer Reihe von Einheimischen und einer beträchtlichen Anzahl von Polen, Ukrainern, Menschen aus anderen europäischen Ländern und natürlich einer großen Anzahl von Katholiken des östlichen Ritus zusammen. Nach den letzten Erhebungen sind wir Chaldäer zwischen 20 und 25 Tausend, es gibt Maroniten, Syrer, armenische Katholiken und Melkiten, wobei letztere in letzter Zeit dank der Zuwanderung aus Syrien zugenommen haben" (...)

Sri Lanka: Beerdigung einer Christin nach hinduistischem Ritus

IIRF-D/BF/Tübingen/13.10.21 - Eine verstorbene Christin im Dorf Karukkamunai im Osten Sri Lankas wurde nach hinduistischem Ritus beerdigt, nachdem die Bewohner sich geweigert hatten, eine christliche Zeremonie zuzulassen.

Der Grama Niladhari (von der Regierung ernannte Dorfverwaltungsbeamte) von Karukkamunai sowie zehn Mitglieder eines örtlichen Ausschusses für ländliche Entwicklung argumentierten, dass eine christliche Beerdigung auf dem Dorffriedhof nicht erlaubt sei.

Stattdessen setzten sie die beiden Töchter der Frau unter Druck, damit die Beerdigung am 27. September nach hinduistischem Brauch durchgeführt werden konnte.

Ein Kontaktmann des Barnabas Fund bestätigt, dass dies ein immer wiederkehrendes Problem für christliche Konvertiten in Sri Lankas mehrheitlich von Hindus bewohnter Ostküstenregion ist, insbesondere in ländlichen Gebieten, da die Friedhöfe von den örtlichen Tempeln kontrolliert werden.

In einigen Fällen, so berichtet er, haben Dorfbewohner die Leichen von Christen aus von Tempeln kontrollierten Grabstätten exhumiert und entsorgt.

"Die Konvertiten, die in der Ostprovinz vom Hinduismus zum Christentum übergetreten sind, waren in der Vergangenheit schweren Verfolgungen ausgesetzt", fügte er hinzu. "Kirchen und christliche Häuser wurden niedergebrannt, und Konvertiten wurden an mehreren Orten angegriffen."

Die Christen Sri Lankas, die 8 % der Bevölkerung ausmachen, werden von buddhistischen, muslimischen und hinduistischen Extremisten diskriminiert, schikaniert und manchmal auch gewalttätig angegriffen.

Im Juli 2020 wurden ein Pastor und seine Frau verletzt, als eine Hauskirche von einem 40-köpfigen Mob von Hindu-Extremisten im Bezirk Batticaloa im Osten Sri Lankas angegriffen wurde.

Quelle: Barnabas Fund 11. Oktober 2021

Tadschikistan: Gewissensgefangener durfte nicht an der Beerdigung seines einzigen Sohnes teilnehmen, ärztliche Behandlung verweigert

AKREF-A/11.10.2021 - Nach Angaben von Zeugen Jehovas leidet der Gewissensgefangene Shamil Khakimov unter schwerer seelischer Not, da ihm die Behörden die Teilnahme an der Beerdigung seines einzigen Sohnes verweigerten. Khamikovs Sohn war die einzige Person, die ihn besuchen durfte. In Tadschikistan werden Gefangenen Besuche durch andere Personen als unmittelbare Angehörige, insbesondere durch Seelsorger, routinemäßig verweigert.

Überdies wurde dem schwer kranken Khamikov, er leidet unter anderem an den Folgen einer Covid-19 Infektion, in wiederholten Fällen die Verlegung in ein Krankenhaus zur benötigten Behandlung durch Spezialisten verweigert. Diese Weigerung erfolgte trotz wiederholter Hinweise des Menschenrechtsausschusses der Vereinten Nationen, dass das Regime dazu verpflichtet ist, die angemessene medizinische Behandlung von Gefangenen sicherzustellen. „Nichts hat sich geändert“, stellten Zeugen Jehovas fest und betonten, dass Khamikov auch nach Verlegung in die sogenannte medizinische Einheit des Gefängnisses dort keine angemessene medizinische Betreuung genießt und weiterhin seine Beine selbst bandagiert. In diesem Zusammenhang wurde auch erwähnt, dass sich auf seinem Fuß ein neues offenes Geschwür gebildet hat.

Die Behörden haben sich wiederholt geweigert, die Gesundheit von Gefangenen zu schützen, und – wie im Falle Khamikovs – selbst Personen mit Covid-19 Symptomen die Behandlung verweigert.

Angehörige praktisch aller Glaubensrichtungen haben gegenüber Forum 18 berichtet, dass Besuche von Geistlichen und anderen Gläubigen bei Gefangenen schon vor langer Zeit verboten wurden. Shamil Khamikov darf nur in der Bibel lesen, wenn er alleine ist. Muslimen ist das Verrichten der Pflichtgebete und das Lesen des Korans verboten. „Das Leben der Gefangenen im Allgemeinen verschlechtert sich von Jahr zu Jahr“, erklärte ein Muslim gegenüber Forum 18. „Sie werden beleidigt und gefoltert, und ihre Religions- und Glaubensfreiheit ist das Letzte, worum sich das Regime kümmert“, heißt es in einer Erklärung gegenüber Forum 18.

Quelle: Forum 18, Oslo (Bericht vom 8. Oktober 2021)

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der ÖEA

Türkei: Luftangriffe gegen Christen und andere Minderheiten in Syrien und Irak

IIRF-D/BF/Tübingen/14.10.21 - Die Türkei hat ihre angeblich gegen den Terrorismus gerichtete Militärkampagne in Syrien und im Irak ausgeweitet, die offenbar Christen und andere Minderheiten zum Ziel hat.

Bei einer Reihe von türkischen Angriffen, die Ende August 2021 begannen - darunter die Bombardierung eines Krankenhauses - sind mindestens ein Dutzend Zivilisten ums Leben gekommen.

"Es ist unklar", so ein Analyst in der Jerusalem Post, "warum die Behauptung der Türkei, den 'Terrorismus' zu bekämpfen, oft mit der Bombardierung von Minderheiten im Irak und in Syrien und der Durchführung von Angriffen auf christliche, kurdische und jesidische Minderheiten zusammenfällt.

Amy Austin Holmes, Fellow des Woodrow Wilson Center in Washington DC, stellt fest, dass "Jesiden, Christen und Kurden in Scharen aus den von der Türkei besetzten Gebieten Syriens geflohen sind".

Dr. Holmes erklärte, dass die militärische Kampagne der Türkei in Syrien trotz der Unterzeichnung eines von den USA vermittelten Waffenstillstandsabkommens im Oktober 2019 fortgesetzt wurde.

Sie fügte hinzu, dass im ersten Jahr nach der Unterzeichnung des Abkommens durch die Türkei "die christlich-assyrische Region Tel Tamer jeden Monat angegriffen wurde".

Dr. Holmes führte weiter aus: "Die Türkei ist seit mehreren Jahren bestrebt, ihre territoriale Kontrolle über Syrien auszuweiten. Diese jüngste Eskalation ist ziemlich bezeichnend. Sie tut dies, während die Welt von den Geschehnissen in Afghanistan abgelenkt ist."

Die Türkei behauptet, die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) - eine marxistisch-leninistische Guerillagruppe, die sowohl von der Türkei als auch von den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union als terroristische Organisation eingestuft wird - sowie Gruppen zu bekämpfen, die angeblich mit der PKK verbunden sind.

Die Operationen in Syrien und Irakisch-Kurdistan zielten jedoch wahllos auf christliche und andere zivile Bevölkerungsgruppen ab. Diese Minderheiten sind diejenigen, die bereits unter Unterdrückung, Verfolgung und Tod durch den Islamischen Staat gelitten haben.

Mordechai Kedar, ein Experte für Nahostpolitik, argumentiert, dass die Türkei trotz ihrer Behauptung, den Terrorismus zu bekämpfen, den Erfolg des IS begünstigt hat.

"Die Fähigkeit von ISIS, sich so schnell zu einem funktionierenden Staat zu entwickeln, ist größtenteils auf seine Beziehungen zu Präsident Erdoğan in der Türkei zurückzuführen", so Dr. Kedar. "Präsident Erdoğan hat nicht nur keine Anti-Terror-Operationen eingeleitet, um die Netzwerke oder Rekrutierungsaktivitäten von ISIS zu stören; er hat sie auch unterstützt."

Im August 2021 sagte Elias Antar Elias, der Vorsitzende der Assyrischen Volksversammlung in der Region Dschazira im Nordosten Syriens: "Die jüngsten Angriffe auf unsere Dörfer haben uns an Safar Barlik im Jahr 1915 erinnert, als das Osmanische Reich uns ins Visier nahm ... Jetzt, hier in Syrien, wiederholt sich die Geschichte."

"Diejenigen, die unsere Dörfer angreifen ... unterscheiden sich nicht von ISIS, denn sie vertreiben uns und zerstören unsere Dörfer", so Elias weiter.

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan spricht immer offener über seine Ambitionen, den türkisch-islamischen Einfluss zu verbreiten, als wolle er das Osmanische Reich wiederherstellen. Im Sommer 2020 ordnete Erdoğan an, dass zwei historische Gebäude in Istanbul - die Hagia Sophia und die Kirche des Heiligen Erlösers - ursprünglich christliche Kirchen, dann Moscheen und schließlich Museen - wieder in Moscheen umgewandelt werden.

In einer Rede, die er im Juli 2020 in der Hagia Sophia hielt, erklärte Erdoğan, dass "die Eroberung Istanbuls und die Umwandlung der Hagia Sophia in eine Moschee zu den glorreichsten Kapiteln der türkischen Geschichte gehören", und fügte mit den Worten eines türkischen Dichters des 20. Jahrhunderts hinzu: "Das wird die Hagia Sophia sein, das wird eine zweite Eroberung, die neue Auferstehung. Das ist sicher. Diese Tage sind nah. Vielleicht morgen, vielleicht früher als morgen".

Quelle: Barnabas Fund 12. Oktober 2021

Ukraine: Im Donbass drei protestantische Gemeinschaften verboten

AKREF-A/11.10.2021 - In der völkerrechtlich nicht anerkannten Volksrepublik Donezk im Osten der Ukraine wurden im Sommer dieses Jahres drei protestantische Gemeinschaften von der Regierung verboten. Betroffen sind die Baptistengemeinden Gute Nachricht und Gemeinde der Erweckung einschließlich Zweiggemeinden, sowie die Kirche unseres Herrn Jesus Christus. Eine dieser Gemeinschaften versammelt sich dem Vernehmen nach weiter zum Gottesdienst, während sie eine Registrierung und damit Legalisierung anstrebt. Aufgrund der neuesten Fassung des Religionsgesetzes der selbst ernannten Volksrepublik sind die Aktivitäten religiöser Vereinigungen jetzt auf „Teilnehmer bzw. Mitglieder“ beschränkt. Alle nicht dem Moskauer Patriarchat der orthodoxen Kirche angehörigen Kirchen bzw. Gemeinschaften, die vor der Machtübernahme der Rebellen nach ukrainischem Recht bestanden, aber bis zum Stichtag 1. März 2019 die verpflichtende Neuregistrierung in der VR Donezk nicht erwirkt haben, gelten als illegal.

Quelle: Forum 18, Oslo (Bericht vom 8. Oktober 2021)

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der ÖEA

UN-Berichterstatter: Warnung vor Islamophobie, aber Islam darf kritisiert werden

IIRF-D/BF/Tübingen/14.10.21 - Ahmed Shaheed, der UN-Sonderberichterstatter für Religions- und Weltanschauungsfreiheit, hat sich besorgt über das Anwachsen der Islamophobie geäußert und behauptet, dass seit den Terroranschlägen vom 11. September das Misstrauen gegenüber Muslimen "epidemische Ausmaße angenommen hat".

Shaheed äußerte diese Besorgnis in einem "Bericht über die Bekämpfung von Islamophobie/antimuslimischem Hass", der dem UN-Menschenrechtsrat auf seiner Tagung im Frühjahr 2021 vorgelegt wurde.

In dem Bericht heißt es jedoch, dass "Kritik an den Ideen, Führern, Symbolen oder Praktiken des Islams" an sich keine Islamophobie sei und dass "die internationalen Menschenrechtsgesetze Einzelpersonen und nicht Religionen schützen".

Ahmed Shaheed, der UN-Sonderberichterstatter für Religions- und Weltanschauungsfreiheit, verglich Islamophobie mit einer "Epidemie", unterschied jedoch zwischen antimuslimischem Hass und legitimer Kritik am Islam

Shaheed, ehemaliger Außenminister der Malediven, argumentierte, dass es "kollektive Schuldzuweisungen an Muslime für terroristische Handlungen, die angeblich im Namen des Islams verübt wurden, sowie islamfeindliche Haltungen gibt, die sich auf negative Verallgemeinerungen über den Islam stützen".

Er führt weiter aus, dass es Standpunkte gibt, "die [Muslime] als bedrohlich darstellen und sich auf Konstruktionen von unüberbrückbaren kulturellen Unterschieden zwischen Muslimen und den Werten der Mehrheitsbevölkerung stützen".

Diese Ansichten, so Shaheed, "haben zu Diskriminierung, Feindseligkeit und Gewalt gegen muslimische Einzelpersonen und Gemeinschaften geführt".

"Ich fordere die Staaten nachdrücklich auf, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um direkte und indirekte Formen der Diskriminierung von Muslimen zu bekämpfen und jegliche Befürwortung von religiösem Hass zu verbieten, die eine Aufstachelung zur Gewalt darstellt", fügte er hinzu.

Shaheeds Zugeständnis, dass Kritik am Islam nur dann als Islamophobie gilt, wenn sie mit einem "Hass" auf Muslime als Einzelpersonen einhergeht, scheint einen gewissen Schutz für diejenigen zu bieten, die sich zu islamischen Lehren oder Praktiken äußern wollen.

In einer Erklärung vor dem UN-Menschenrechtsrat erklärte Shaheed: "Mein Bericht leugnet nicht, dass Fundamentalisten und Politiker gleichermaßen den Vorwurf der 'Islamophobie' ausnutzen, um legitime Kritik an islamischen Praktiken und Überzeugungen zu bestrafen oder sogar Sympathie für den Terrorismus zu wecken."

"Andere", so fügte er hinzu, "haben auf die Islamophobie mit unklugen Kampagnen zur Kriminalisierung von Äußerungen reagiert, die als 'blasphemisch' gelten."

In seinem Buch „Dawa: The Islamic Strategy for Reshaping the Modern World“ stellt Dr. Patrick Sookhdeo, Direktor des Barnabas Fund International, fest, dass die der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC) angeschlossenen Länder seit 1999 erfolgreich UN-Resolutionen zur religiösen Diffamierung verabschiedet haben, die den Islam vor Kritik schützen sollen. "Damit werden der islamistische Terrorismus und seine Finanzquellen geschützt, gestärkt und unterstützt. Das Verbot kritischer Äußerungen über den radikalen Islam und den islamistischen Terrorismus ist ein Schritt zur Legitimierung von Gewalt, die im Namen des Islam begangen wird."

Seit 2011 haben die Vereinten Nationen jedoch den Schwerpunkt von der Diffamierung von Religionen auf die Diskriminierung von "Personen aufgrund ihrer Religion oder Weltanschauung" verlagert, was laut Sookhdeo darauf hindeutet, "dass andere Nationen begonnen haben, die Agenda hinter der Sorge der OIC um 'religiöse Diffamierung' zu erkennen und daran interessiert sind, die Redefreiheit zu schützen".

Quelle: Barnabas Fund 8. Oktober 2021

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]